



## Positionen/Redebeiträge für die Stadtrats-Sitzung am 26.10.2020

### Vor Eintritt in Sitzung:

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister,  
sehr geehrte Bürgermeisterin, sehr geehrte Beigeordnete,  
sehr geehrte Damen und Herren,

lassen Sie mich bitte vor Eintritt in die Tagesordnung noch einige Anmerkung zur besonderen Situation in dieser Stadtratssitzung ausführen und ich wiederhole zum Teil, was ich bereits in unserer April-Sitzung sagte:

Die SPD-Fraktion findet es richtig und wichtig, dass auch in diesen schwierigen „Corona-Zeiten“ das Kommunalparlament seinen Aufgaben nachgeht und notwendige Entscheidungen trifft, die für das zukünftige Leben in unserer Stadt keinen Aufschub erlauben. Wir sehen dies als unsere Pflicht und kommen dieser Verpflichtung auch sehr gerne nach.

Wir begrüßen es, dass die Stadtverwaltung dort wo es möglich ist, Sitzungen absagt oder verschiebt, Videokonferenzen oder Telefonkonferenzen ermöglicht und wo wir Präsenzveranstaltungen durchführen, diese auch in kleinstmöglicher Besetzung zu organisieren.

Wir unterstützen dieses Vorgehen ohne Vorbehalte und sind deshalb auch heute nur mit „halber Mannschaft“ vertreten, um die Beschlussfähigkeit sicherzustellen.

Wir glauben, dass es richtig ist, heute nur mit 6 SPD-Stadträten anzutreten, weil wir damit das Infektionsrisiko für viele senken, mit gutem Beispiel vorgehen und auch zeigen, dass wir die Anzahl der möglichen Kontakte minimieren.

Wir sind davon überzeugt, dass die KING groß genug ist, um ausreichende Sicherheit zu ermöglichen. Wir sehen es trotzdem als vorbildlich und beispielhaft an, wenn wir die Anzahl der Personen freiwillig reduzieren und damit die Zahl der möglichen Kontakte in größtmöglichen Maß minimieren (50% weniger Personen führt zu einer Verringerung der möglichen Kontakte um 75%). Die Senkung der Personenzahl, ist eine der erfolgreichsten Maßnahmen zur Kontaktvermeidung.

Wir werden uns heute auch in unseren Wortbeiträgen beschränken und vorbereitete Beiträge kürzen, um die zügige Abarbeitung der vielen Tagesordnungspunkte zu unterstützen. Die ausführlichen Positionen/Wortbeiträge zu den uns wichtigen Punkten, stellen wir als Dokument der Presse und auf unserer Homepage allen Interessierten zur Verfügung.



### TOP 17: Vorhabenbezogener Bebauungsplan zwischen Rheinstraße und Kirchstraße – Thornsches Gelände

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister,  
sehr geehrten Damen und Herren,

die SPD-Fraktion wird wie im Bau-Planungsausschuss dem heute vorliegenden Beschlussvorschlag zustimmen. Wir sind froh, dass es auf dem Thornschen Gelände nun vorangeht und die WBI in Ingelheim dringend nötigen Wohnraum schaffen kann.

Es bleibt aber dabei: Für die SPD ist die nun vorgelegte Lösung nicht besser als die ursprünglich durch die WBI geplante. Die Kosten der Umplanung und die Verteilung von fixen Kosten auf weniger Wohneinheiten werden die Miete für die zukünftigen Mieter erhöhen. Außerdem sind bebaubare Flächen im Ingelheimer Innenbereich rar. Die Chancen dort flächensparend und damit effizient und ökologisch zu bauen, sollte man nutzen. Deshalb hätte die SPD gerne an der ursprünglichen Lösung mit einem Wohngebäude mehr festgehalten.

Ich akzeptiere aber, dass es für die ursprüngliche Planung keine Mehrheit gibt. Wir werden deshalb dem Vorschlag zustimmen, um die Entwicklung des Thornschen Geländes voranzutreiben und werden den Prozess weiterhin konstruktiv begleiten.



### TOP 19: Dorfentwicklungskonzept Großwinterheim

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister,  
sehr geehrte Damen und Herren,

wie das Sprichwort schon sagt: "Was lange währt, wird endlich gut" und fertig, möchte ich dort noch hinzufügen.

Corona bedingt dauerte es etwas länger, aber jetzt haben wir ein Ergebnis, das sich sehen lassen kann.

Viele Groß-Winternheimer kamen an mehreren Terminen in unserem neuen Bürgerhaus zusammen und brachten ihre Ideen und Anregungen mit, um ein Konzept zur Dorfentwicklung in Ingelheims südlichsten Stadtteil zu entwickeln. So entstand ein konstruktiver Meinungs-austausch und am Ende ein Leitfaden für die künftige Entwicklung von Groß-Winternheim.

Dieser muss nun verfolgt, umgesetzt und mit Leben gefüllt werden.

Unser Konzept der Dorfentwicklung soll aber auch immer wieder neu gedacht werden können, so dass eine stetige angepasste Entwicklung möglich ist.

Wir freuen uns darauf, diesen Dorfentwicklungsplan zu beschließen und stimmen gerne zu.



### TOP 20: Stadtbusverkehr - Regelbetrieb mit Bussen mit batterieelektrischem Antrieb

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister,  
sehr geehrte Beigeordnete,  
sehr geehrten Damen und Herren,

mit dem heute vorgelegten Beschlussvorschlag wollen wir einen weiteren großen Schritt zu einem verbesserten ÖPNV in Ingelheim machen.

Ich darf nochmals daran erinnern, dass wir im Jahre 2015 mit unserer Arbeit im ÖPNV-Workshop begonnen haben und in bisher 13. Workshopsitzungen, die letzte fand im August 2020 statt, die notwendigen Vorarbeiten für die Entscheidungen in den vielen Gremiensitzungen geleistet haben. Ich möchte mich heute nochmals für diese gute und partnerschaftliche Zusammenarbeit bei allen Beteiligten bedanken und glaube, dass wir mit den bisherigen Ergebnissen und unserem ÖPNV sehr gut unterwegs sind. Wir haben bisher starke Verbesserungen bei den Linien, den zusätzlichen Haltstellen und den Taktzeiten umgesetzt.

Heute geht es um andere Verbesserungen. Wir wollen die Technologie der Busse ändern, von Diesel auf batterieelektrischen Antrieb und damit die zwei wichtigsten Vorteile nutzen:

- weniger CO<sub>2</sub>-Emission (Klimaschutz)
- weniger Lärm

Den Grundsatzbeschluss für E-Busse haben wir am 18.08.2017 im Stadtrat gefasst und ich darf zitieren:

„... dass es das Ziel ist, im Stadtbusverkehr Ingelheim am Rhein elektromobile Busse einzuführen, sobald es wirtschaftlich sinnvoll und die Busse technisch weiterentwickelt sind.“  
Auch sollte nochmals konkret entschieden werden, nach Abschluss einer Markterkundungsphase.  
„Nach Abschluss dieser Markterkundungsphase beginnt, auf Grundlage eines erneuten Beschlusses in den städtischen Gremien über die Konkretisierung, die Einführungsphase der elektromobilen Busse.“

Deshalb ist es richtig und unbedingt notwendig, dass wir heute nochmals konkret entscheiden, dass wir die e-Busse auch wollen.

Nach den nicht nachvollziehbaren Aussagen von Herrn Zimmer im letzten HuFA und auch den widersprüchlichen Aussagen seitens der Verwaltungsspitze habe ich bei Frau Beigeordnete Döll nachgefragt: Sind wir durch unsere Beschlüsse gezwungen e-Busse zu beschaffen oder könnten wir uns auch dagegen entscheiden (Option). Laut Aussage von Herrn Zimmer im letzten HuFA hatten wir ja nie eine Option! Ist das wirklich so? Ich lese und verstehe den protokollierten Beschluss des Stadtrates vom 18.03.2019 nicht so (dort wird noch ausführlich dargelegt, dass verbindliche Angebote für den E-Busbetrieb (als Option, auf Wunsch der Stadt) mit einem Wertungsbonus versehen werden.“ Die rechtliche Überprüfung hatten wir auch im 13. ÖPNV Workshop am 20.08.20 vereinbart.

Ich zitiere die darauf klare Antwort:

Eine Verpflichtung der Stadt zur Ausübung der Optionen gibt es auf der Grundlage der bislang gefassten Ratsbeschlüsse nicht. Die Entscheidung über die Optionsausübung muss daher noch getroffen werden (siehe Beschlussvorschlag zu TOP 20 der Stadtratssitzung am Montag).

Ich bin Frau Beigeordnete Döll sehr dankbar für die Klarstellungen der rechtlichen Situation bezüglich unserer bisherigen Ratsbeschlüsse.



Die SPD-Fraktion hat sich seit vielen Jahren immer dafür eingesetzt den ÖPNV zu verbessern und dafür mehr Geld zur Verfügung zu stellen. Dies ist durch viele Anträge und die Schwerpunktsetzung z.B: in den HH-Reden zu belegen. Wichtig waren uns zuerst natürlich die notwendigen Verbesserungen bezüglich Linienführung, Haltestellen und Taktzeiten. Dies sind die Verbesserungen, die den ÖPNV attraktiver machen und dafür sorgen, dass der ÖPNV zu einer wirklichen Alternative zum motorisierten Individualverkehr wird.

Heute geht es um technologisch bedingte Verbesserungen.

Bei den technologischen Diskussionen haben wir uns sehr früh auf E-Busse gegenüber Wasserstoffbussen festgelegt, weil hier die technische Entwicklung heute schon weiter fortgeschritten ist.

Wir werden der heutigen Beschlussvorlage zustimmen, wenn der Beschluss heute getroffen werden muss, obwohl wir damit den Grundsatzbeschluss nicht beachten. Es ist nämlich wirtschaftlich nicht sinnvoll E-Busse anzuschaffen. Dies bestätigt uns die TSB-Bingen in der Präsentation zur Untersuchung der unterschiedlichen Technologien. Ein wirtschaftlich sinnvoller Betrieb wäre nur möglich, wenn es eine Förderung gegeben hätte. Diese Förderung haben wir im November 2019 noch beantragt, aber es war dann schnell klar, dass wir die Förderung nicht erhalten.

Wir sind trotzdem dafür die E-Busse anzuschaffen, weil wir der Meinung sind, dass der ÖPNV nicht wirtschaftlich sein muss, bitten aber um Ergänzung der Beschlussvorlage unter Punkt 2 um nachfolgenden Satz:

Es wird damit auch zur Kenntnis genommen, dass der Betrieb mit E-Bussen wirtschaftlich nicht sinnvoll ist und dieser Punkt des Grundsatzbeschlusses nicht umgesetzt werden kann.

Lassen sie mich noch folgendes kritisch hinterfragen, weil ich glaube, dass wir im Verfahren und Vorgehen besser werden können. Die nachfolgenden Fragen sollten eigentlich alle klar beantwortet werden können, bevor der Stadtrat einen Beschluss fasst, der fast 6 Mio€ an Kosten auslöst:

- in welcher Gremiensitzung wurden die Vorgaben für die endverbindlichen Angebote zur Kenntnis gegeben?
- wann und in welchem Gremium wurde entschieden, dass wir statt 6 nun 8 E-Busse anschaffen? Wo ist dies protokolliert?
- was passiert, wenn die E-Busse nicht wie angedacht geliefert werden? Zeitverzögerungen?
- wie sind die Eigentumsverhältnisse an den E-Bussen geregelt? Sind mögliche Risiken abgesichert?
- wie hoch sind die jährlichen Abschreibungen der E-Busse?
- warum müssen wir das heute entscheiden und können die sinnvolle Diskussion über gegebenenfalls mögliche bessere Alternativen zur CO<sub>2</sub>-Einsparung nicht noch führen? (Basisarbeiten hierzu liegen seit dem Workshop CO<sub>2</sub> neutrale Stadt Ingelheim vom 27.08.20 vor)

Vielleicht können diese Fragen ja heute noch zufriedenstellend beantwortet werden. Wenn dies nicht möglich ist und wir auch keine Vertragsstrafe zu befürchten haben, sollten wir die Beschlussfassung vertagen. Wir werden dies gegebenenfalls beantragen.

Die AZ hatte aus der HuFA-Sitzung berichtet und dabei die Vertragsstrafe erwähnt, was bisher unwidersprochen blieb. Ich möchte heute eine Aussage aus dem gleichen Artikel korrigieren: wir sparen mit E-Bussen keine 225T€ gegenüber den Dieselbussen ein; wir müssen diesen Betrag pro Jahr weniger zahlen, weil die Dieselbusse nicht genutzt werden.

## SPD-Stadtratsfraktion Ingelheim am Rhein

Norbert Külzer ♦ norbert.kuelzer@t-online.de ♦ +49 1738497821

Ingelheim, den 26.10.2020



Dafür stellen wir aber E-Busse im Gesamtwert von 4,72 Mio€ zur Verfügung und haben damit wesentlich höhere jährliche Kosten!

Die SPD-Fraktion wird weiterhin mit viel Engagement an dem ihr sehr wichtigen Thema mitarbeiten, um dem Leitsatz zum Thema Mobilität und Verkehr unseres Leitbildes 2022 gerecht zu werden:

„Wir stärken Rad- und Fußverkehr und den ÖPNV, um einen Beitrag zum Klimaschutz zu leisten. Bei der Gestaltung von Verkehrswegen investieren wir in die Bedürfnisse unterschiedlicher Nutzergruppen, damit alle Menschen sicher in Ingelheim unterwegs sein können. Wir nutzen planerische und verkehrsrechtliche Instrumente zur Beruhigung, Verminderung, und Lenkung des motorisierten Verkehrs, um Belastungen so gering wie möglich zu halten und gerecht zu verteilen. Wir erhalten dabei die gute Erreichbarkeit aller Stadtteile.“



### TOP 22: Digitale Ausstattung der Ingelheimer Grundschulen

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister,  
sehr geehrte Bürgermeisterin,  
sehr geehrten Damen und Herren,

die SPD-Fraktion freut sich, dass der Stadtrat heute diesen Beschluss fasst und dankt allen Beteiligten.

In diesen Zeiten ist es unbedingt erforderlich, dass alle Kinder mit den gleichen Voraussetzungen und Chancen am Unterricht teilnehmen können. Sinnvoll ist es, dass alle Kinder mit dem gleichen Gerät und der gleichen Software arbeiten und jede/r SchülerIn dieses Gerät zur Verfügung hat.

Wir finden es auch richtig und gut, dass die iPads auch für die Lehrkräfte angeschafft werden.

Die Geräte werden über eine Firma beschafft, die sie nach Ablauf der Nutzungszeit zurücknimmt und zur erneuten Nutzung wiederaufbereitet.

Jetzt fehlt uns nur noch die Umsetzung des Antrages „Leihgebühren der iPads für Ingelheimer Schülerinnen und Schüler werden von der Stadt gezahlt“.

Hier ist eine Anpassung der Richtlinie zur Bezuschussung der Lernmittel für Ingelheimer Schülerinnen und Schüler an Grundschulen und weiterführenden allgemeinbildenden und berufsbildenden Schulen erforderlich.

Ein Grundsatzbeschluss wurde im Stadtrat am 21. September nicht gefasst, weil noch Fragen offen seien, obwohl die heutige Beschlussvorlage allen Stadträten schon vorlag.

Welche Fragen sind hier noch offen? Wann werden und sind diese geklärt? Wann soll die angepasste Richtlinie in die Gremien eingebracht werden?



### TOP 24: Satzung zur Erhebung wiederkehrender Ausbaubeiträge

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister,  
sehr geehrten Damen und Herren,

im Februar 2020 hat der Stadtrat es abgelehnt eine Resolution zu verabschieden, die es ermöglichen sollte, dass die Stadt selbst entscheiden dürfte, ob sie Ausbaubeiträge erhebt oder nicht.

Hierzu sollte der § 94 Abs. 2 der GemO insoweit ergänzt werden, dass eine Rechtspflicht der Städte und Gemeinden zur Erhebung von Straßenausbaubeiträgen im Sinne der §§ 10 und 10a des Kommunalabgabengesetzes für Rheinland-Pfalz (KAG) nicht mehr besteht.

Wir haben stattdessen beschlossen, dass die Stadtverwaltung die rechtlichen Rahmenbedingungen prüft und mit dem Land in Kontakt tritt, um im laufenden Gesetzgebungsverfahren Rechtssicherheit bezüglich der Abschnittsbildung herbeizuführen.

Dies hat die Stadtverwaltung getan und nach mehreren Beratungen heute nun die finale Satzung vorgelegt.

Die SPD-Fraktion begrüßt die Einführung der wiederkehrenden Ausbaubeiträge rückwirkend zum 01. Januar 2020 und wird der Beschlussvorlage zustimmen.

Straßenausbauten müssen finanziert werden und es ist richtig, dass diejenigen, die Vorteile davon haben (Grundstückseigentümer und alle anderen Nutzer), auch an der Finanzierung beteiligt werden.

Die Grundstückseigentümer durch ihre wiederkehrenden Beiträge und die anderen Nutzer über die städtische Beteiligung.

Die Einführung der wiederkehrenden Beiträge stellt folgendes sicher:

- Solidarischer Beitrag zum Straßenausbau
- Keine hohen Einmalzahlungen
- Kommunale Selbstverwaltung beim Straßenausbau bleibt erhalten (auch bei finanziellen Schwierigkeiten)
- keine Konkurrenz mit anderen kommunalen Aufgaben bei der Finanzierung

Straßenausbau kostet Geld und muss finanziert werden. Wiederkehrende Beiträge sind die beste Lösung, um die Finanzierung solidarisch und gerecht umzusetzen.



## TOP 25: Sofortprogramm Klimaschutz

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister,  
sehr geehrte Beigeordnete,  
sehr geehrten Damen und Herren,

ich wiederhole das in der Stadtratssitzung am 16.09.2019 bereits gesagte:  
die SPD-Fraktion unterstützt die verstärkten Bemühungen beim Klimaschutz auf kommunaler Ebene alles zu tun, was unser gemeinsames Ziel unterstützt: CO2 frei bis 2040.

Zu den im Antrag aufgeführten Punkten 2, 5, 8, 9, 11 und 12 waren und sind bereits Maßnahmen erfolgt bzw. sind aktuell in der Umsetzung. Es gibt neue wichtige Projekte die wir unterstützen z.B. Projekt KlimPraxing.

Wir werden der heutigen Beschlussvorlage zustimmen und bitten um Ergänzung und Korrektur der Tabelle (fasst die Ergebnisse der Beratungen im Ausschuss für Klima und Umwelt (AKU) zusammen) zu bestimmten Punkten:

### 13. Sachstand Klimaschutz

Dieser Punkt ist nicht erledigt; es gibt derzeit noch viele Maßnahmen die noch offen sind. Von 148 Einzelmaßnahmen sind 50 Maßnahmen umgesetzt. 27 Maßnahmen wurden neu priorisiert uns sollen bearbeitet werden. Die weiteren 71 Maßnahmen sind offen. Im AKU am 01.10.2020 wurde das Thema bereits angesprochen und es wurde vereinbart die offenen Maßnahmen zu diskutieren und zu entscheiden, wie es damit weitergeht.

### 14. 365€ Ticket

Dies ist eine Beschlussänderung gegenüber dem gestellten Antrag „kostenloser ÖPNV für einen Versuchszeitraum von zwei bis drei Jahren“. Im Januar sah der AKU noch keine Chance auf kostenlosen ÖPNV und beschloss das 365€ Ticket. Wir unterstützen das 365€ Ticket und freuen uns, dass der kostenlose ÖPNV mit dem Fahrplanwechsel im Dezember kommt und die Nachtbusse und die Fahrten am Wochenende kostenlos sind.

### 16. autofreie Stadt (Innenstadt)

Dieser Punkt ist in Arbeit und nicht erledigt. Wir haben die Erweiterung der Fußgängerzone beschlossen, sind aber noch in den Diskussionen über die Ausgestaltung.

### 17. Stadtpark

Es ist richtig, dass wir den Antrag in Verbindung mit dem Sofortprogramm zurückgezogen haben, weil es sich nicht sofort umsetzen lässt. Der AKU war sich einig, dass die weitem Überlegungen und Diskussionen zum Stadtpark im Rahmen der Neufassung des Flächennutzungsplans geführt werden sollen.

Ich möchte noch erwähnen, dass wir mit unserem Strategieworkshop „CO2-neutrales Ingelheim“ viele neue Maßnahmen erörtert haben, die sehr große CO2-Einsparpotentiale bieten und immer auch im Zusammenhang mit den heute zu beschließenden Maßnahmen zu sehen sind.



### TOP 28: Ingelheimer Weihnachtsstadt

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister,  
sehr geehrten Damen und Herren,

die SPD-Fraktion begrüßt und unterstützt die Initiative der Verwaltungsspitze zur Umsetzung des Konzeptes „Ingelheimer Weihnachtsstadt“.

Gerade für die Branche der Schausteller/Kunsthändler ist dies eine Möglichkeit Einnahmen zu ermöglichen. Wir glauben auch, dass es von unseren Bürgerinnen gut angenommen wird und auch dem Einzelhandel hilft.

Für uns ist es auch vorstellbar für alle Beteiligten auf die Kostenpauschale zu verzichten und bitten das zu prüfen. Welche zusätzlichen Kosten würden entstehen?